

Politische Bildung gegen den Rechtsruck braucht kritische Demokratiebildung

Gefährdung Demokratie in Deutschland:

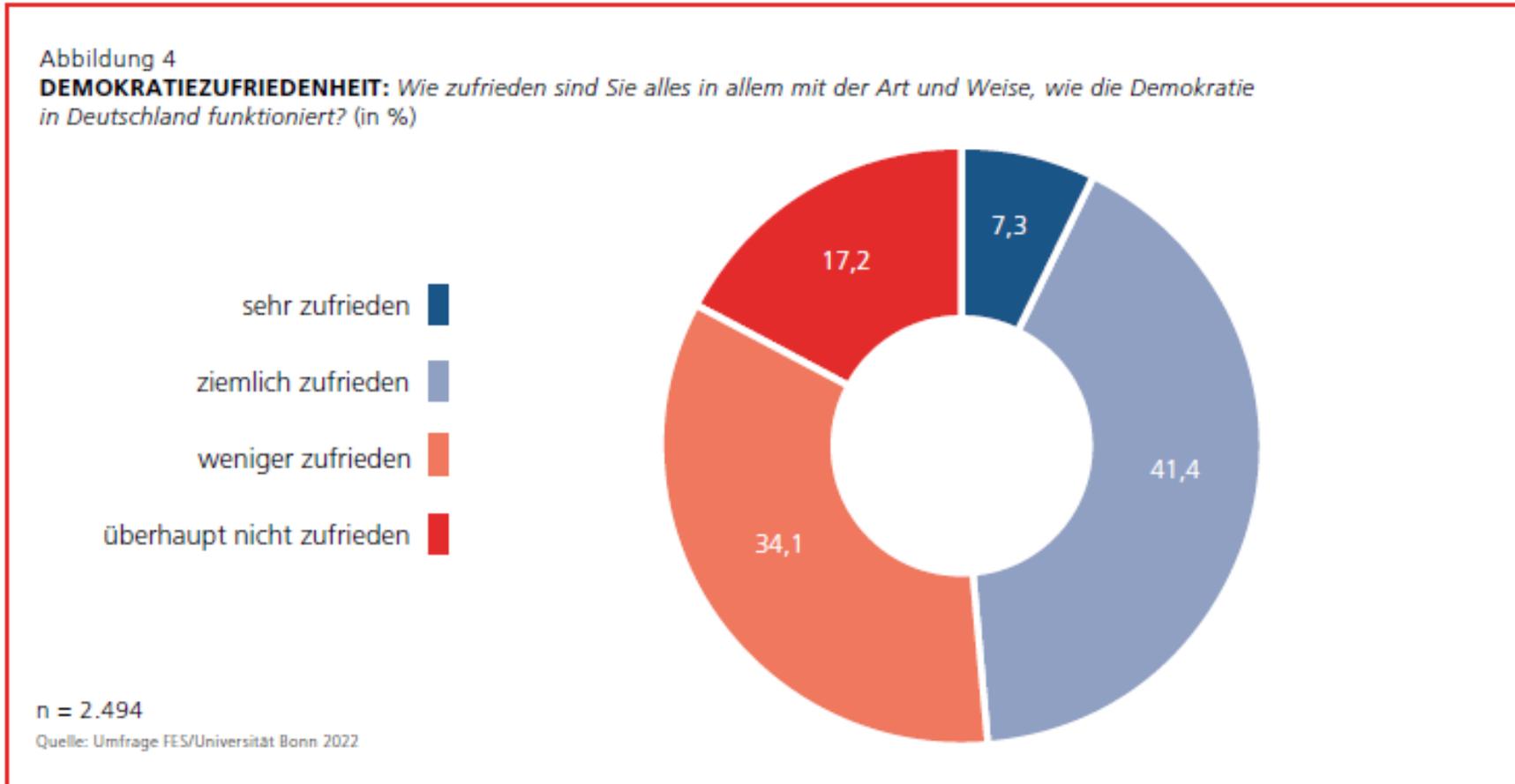
- Zunahme sozialer Ungleichheit
- politische Repräsentationskrise
- nachlassendes Vertrauen in die politischen Institutionen
- abnehmende Wahlbeteiligung
- sich manifestierende extreme Rechte
- Einfluss von Unternehmen auf die Gesetzgebung
- Neoliberalismus/Privatisierung (*„marktkonforme Demokratie“*)
- festgeschriebene Schuldenbremse (*„Austeritätspolitik“*)
- etc.

Streitbar in Europa
Strack-Zimmermann

Freie
Demokraten
FDP

Bildung: erste
Verteidigungslinie
der Demokratie.

Beurteilung der Demokratie durch die Bevölkerung:



„2022 zeigt sich eine knappe Mehrheit von 51 Prozent weiterhin wenig oder überhaupt nicht zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie.“ (Best u.a. 2023)

Studie 2023



von FES

Abbildung 5
DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT nach subjektiver Schichtzuordnung (in %)

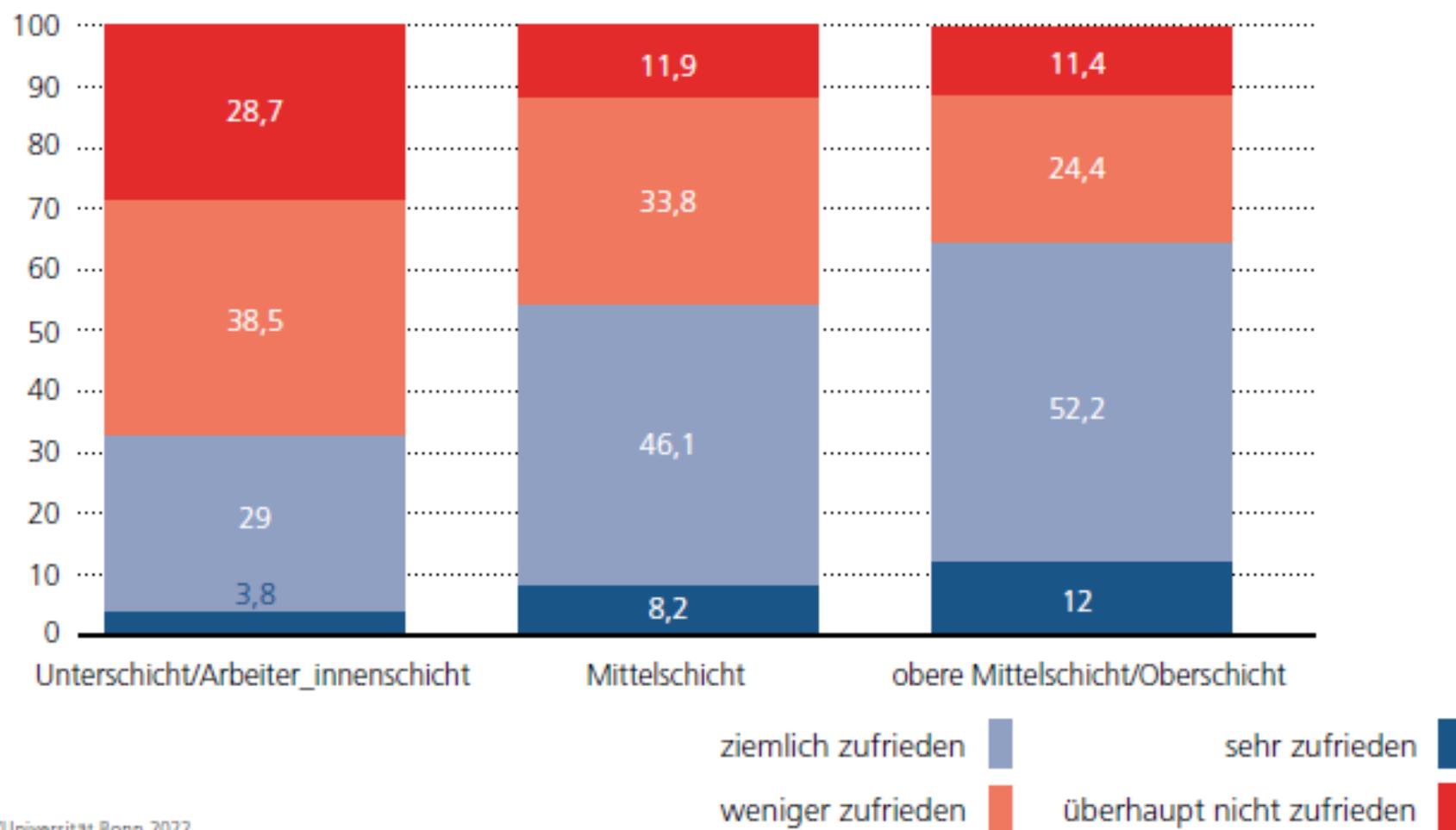
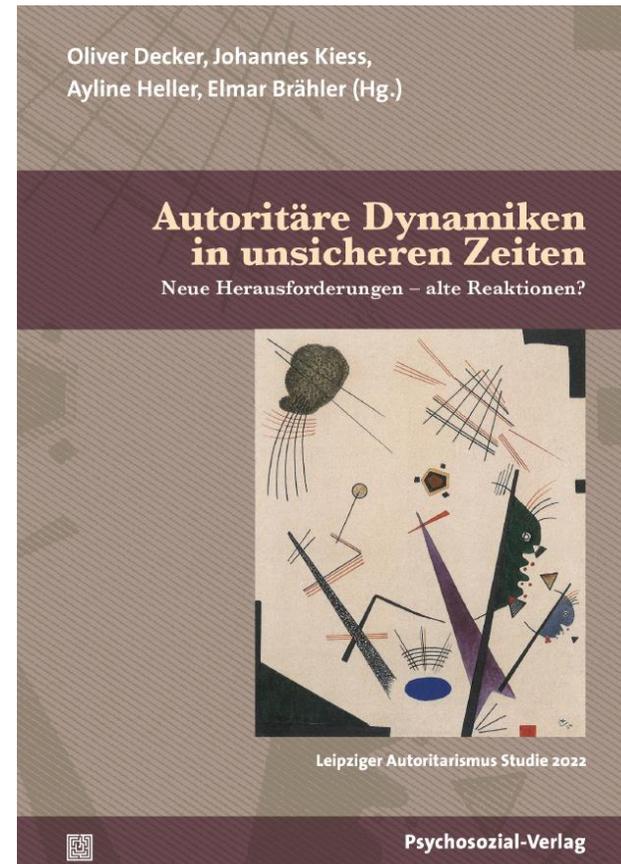


Tabelle 1: Wahrnehmung der Intensität verschiedener Interessengegensätze in der Gesellschaft (in %, Mittelwert)

Interessengegensätze zwischen ...	schwach	teils/teils	stark
1. Linken & Rechten	6,8	34,1	59,1
2. Kapitalisten & Arbeiterklasse	14,6	29,5	55,9
3. Armen & Reichen	14,6	29,9	55,5
4. Politikern & einfachen Bürgern	14,3	33,6	52,1
5. Arbeitgebern & Arbeitnehmern	15,2	48,3	36,5
6. einfacher Bildung & Akademikern	20,5	39,5	40,1
7. Leuten mit & ohne Kindern	37,46	43,1	19,5
8. Jungen & Alten	32,1	46,3	21,6
9. Ostdeutschen & Westdeutschen	28,7	47,7	23,6
10. Männern & Frauen	40,5	47	12,5
11. religiösen & nicht religiösen Menschen	32,4	47,9	19,6
12. Nichtdeutschen & Deutschen	17,7	46,4	35,9





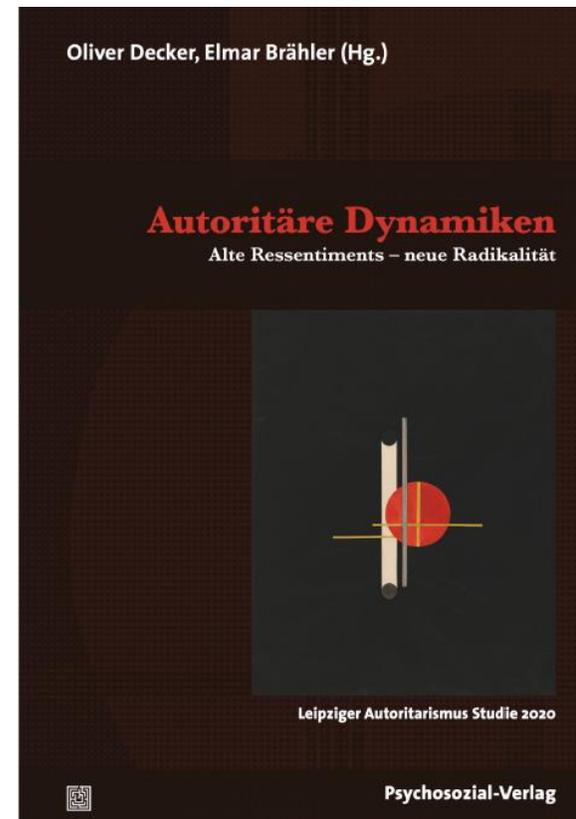
Demokratie in der Wirtschaft hilft gegen rechte Einstellungen:

„Wer in zentralen Lebensbereichen [wie der Arbeitswelt] die Möglichkeit hat, Demokratie konkret zu erfahren, der wird ein demokratisches Bewusstsein entwickeln.“

(Leipziger Autoritarismus Studie 2020)

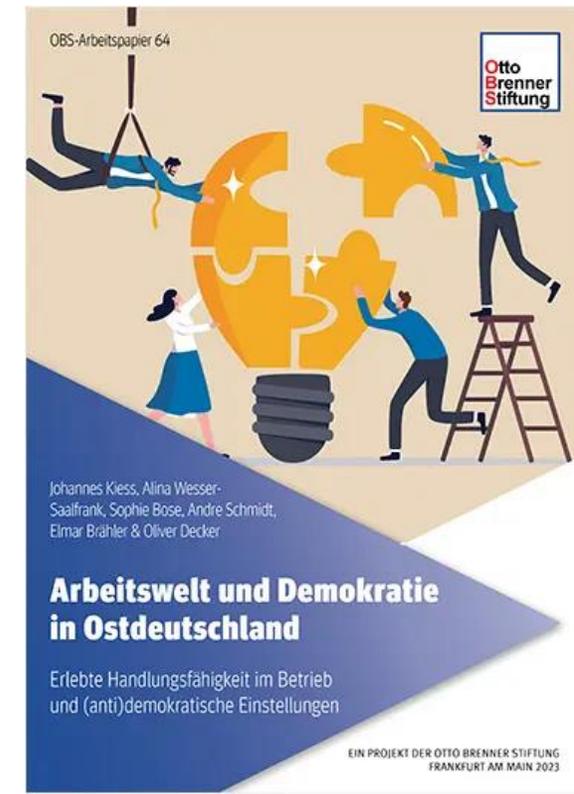
„Damit ist Beteiligung auch in der Arbeitswelt ein zentraler Ansatzpunkt für die Stärkung demokratischer Überzeugungen.“

(ebd.)



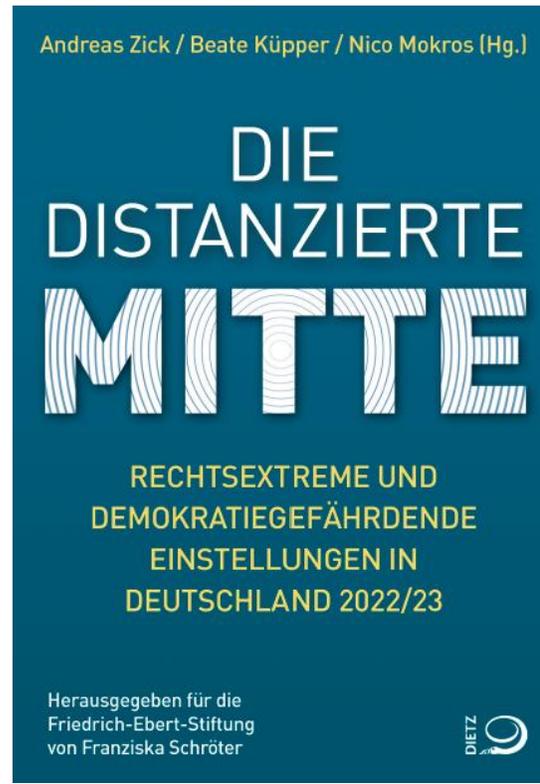
„Wenn Beschäftigte in [der Wirtschaft] [...] statt Ungerechtigkeit und Frustration demokratische Handlungsspielräume wahrnehmen können, stärkt das ihre *demokratischen Einstellungen* und verringert das Risiko, dass in *antipluralistischen Ideologien* und dem *Ressentiment* gegen Andere Kompensation gesucht wird.“

(Studie Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland 2023)



Was heißt das für die politische Bildung?

„Mit einer kritischen Perspektive auf (oft mangelnde) Möglichkeiten der *demokratischen Teilhabe* in *Schule*, *Arbeits-* und *Ausbildungsplatz* lässt sich fordern, dass *politische Bildung* in vielen verschiedenen Räumen, Situationen und Strukturen verankert sein sollte. Für die Arbeitswelt und für Schule existieren empirisch positive Zusammenhänge von demokratisierenden Aspekten der *Mitbestimmung*, *Mitgestaltung* und *Solidarität* mit demokratischen Einstellungen und Ablehnung von Menschenfeindlichkeit.“
(*Mitte-Studie 2023*)



These:

Durch **kritische Demokratiebildung** könnten rechten Einstellungen vorgebeugt/begegnet werden

(≠ Kulturalisierung sozialer Probleme

≠ Populismus: „Neue soz. Frage *nicht* *Oben-Unten* → *Innen-außen*“ (B. Höcke))

Ziel:

- Ausweitung Demokratie
- Selbstermächtigung

bedarf:

- Reflexion Spannungsverhältnis Kapitalismus – Demokratie
- Sozialgeschichte der Demokratie (Klassenauseinandersetzungen)



Gegenwärtige (schulische) politische Bildung:

- politische Bildung als Prävention (Extremismustheorie) („*Feuerwehrfunktion*“)
- Affirmation staatlicher Herrschaft
- staatszentriertes Demokratieverständnis

HANDBUCH
WOLFGANG SANDER (HRSG.)

POLITISCHE BILDUNG

Politikwissenschaftlicher Demokratiebegriff:

„politisches System, das durch freie und allgemeine *Wahlen*, parlamentarische *Repräsentationsverfahren*, *rechtsstaatlicher* Garantien, *Gewaltenteilung*, die Möglichkeit eines Regierungswechsels auf der Basis eines *Mehrparteiensystems* und die Geltung bestimmter *Grundrechte* gekennzeichnet ist.“ (Joachim Hirsch 1995)

→ Problem: Wirtschaft nicht als Ort der Demokratie mitgedacht, abhängig Beschäftigte ohne Mitsprache (*keine Wirtschaftsdemokratie*)

→ liberale Demokratie „*Form bürgerlicher Herrschaft*“ (Reinhard Kühnl 1971)

Negatives Jugendbild bei vorherrschenden Politikdidaktik:

Politikdistanz:

- Folge von „*Fehlvorstellungen der Schüler/-innen*“ (Georg Weiseno u.a. 2010) bzgl. Funktionsweise politischen Institutionen
- Jugendliche haben „*Wissensdefizite [...] über die Funktionsweisen [...] von Politik und Demokratie*“ (Peter Massing 2018)

→ aber: ausgeblendet, dass junge Menschen politische u. demokratische Beteiligung zunehmend außerhalb staatlichen Institutionen nutzen; kein Vertrauen in Parteien etc. (mehr) haben



Konservative Demokratiebildung vorherrschender Politikdidaktik:

Probleme durch Politikdistanz:

- keine „*Identifikation mit der politischen Ordnung [...] mehr*“ (Joachim Detjen 2007)
- „*Stabilität der Institutionen*“ (ebd.) gefährdet

Demokratiebildung notwendig:

- zielt auf „*institutionelle sowie die vorhandenen Einflussmöglichkeiten und Partizipationschancen*“ (Peter Massing 2013)
- „*Stabilisierung der Herrschaftsordnung*“ (Detjen 2009)
- „*Lernenden zu funktionierenden Mitgliedern des Gemeinwesens [qualifizieren]*“ (Detjen 2007)



Politische Verhinderung Ausweitung Demokratiebildung:

Broschüre Kultusminister der CDU/CSU 1976:

„Demokratie ist ein politisches Prinzip staatlicher Ordnung, das zur Formierung anderer Sozialbereiche wie der Wirtschaft, die nicht primär politische Ziele verfolgen, nicht geeignet ist.“ (*Grosser u.a. 1976*)

Verkürzung Demokratie in Lehrplänen/Schulbüchern:

- nur *repräsentative* und *direkte Demokratie* thematisiert

Aber: Begriff und Ausgestaltung der Demokratie ist umkämpft!

- *Begriff* der Demokratie entzieht sich festen Bestimmung
- *historisch, politisch* u. *normativ* umkämpft, welche gesellschaftliche u. politische Ordnung unter Demokratie zu fassen
- unterschiedliche Demokratiemodelle: *soziale, liberale, republikanische, repräsentative, direkte, deliberative, rätedemokratische* etc.

→ *Demokratisierung durch Klassenkämpfe*

Notwendig: Kritische Demokratiebildung!

Kritische Demokratiebildung: als politische Bildung „weder reine Vermittlung von, noch gar ‚Mittel der Politik‘“. In demokratisierender Absicht arbeitet sie „an und mit den Widersprüchen liberaler Demokratie“, um zu „ermöglichen, dass die Individuen die sozialen Verhältnisse verstehen und sie sich bildend erschließen und eingreifend verändern können“. (*Bürgin 2021*)

- ≠ Demokratie-Lernen (*bestehende* Ordnung)
- ≠ Demokratie-Pädagogik (*individuelle* Verhalten)
- „*kritisch*“: immanente Kritik

***Kritische Demokratiebildung* begreift den Widerspruch zwischen Kapitalismus und (liberaler) Demokratie:**

In Gesellschaft: *politische Gleichheit* (Grundlage parlamentarischen Demokratie)

+ *ungleichen Eigentumsrechten* (Grundlage Kapitalismus) (*Ellen Wood 2010*)

→ Sicherung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse

→ „*Arbeiter und Kapitalisten [erscheinen] als politisch gleiche Staatsbürger, bleiben jedoch ökonomisch getrennt als Bourgeois und Proletarier.*“ (*Benno Teschke 2007*)

Kritische Demokratiebildung fokussiert die historische Entstehung der liberalen Demokratie:

- 19. Jahrhundert: nur (männlichen) Besitzenden aktive und passive Wahlrecht
- „*Es ist meine feste Überzeugung, dass das allgemeine Wahlrecht in unserem Land [...] unvereinbar [ist] mit dem Eigentum und folglich unvereinbar mit der Zivilisation.*“ (engl. Politiker *Thomas Macaulay* 1842)

- „*Demokratien [...] sind stets [...] unvereinbar mit den Erfordernissen der persönlichen Sicherheit oder den Eigentumsrechten.*“ (spätere US-Präsident *James Madison*)

→ Begründer der formalen Demokratie 18./19. Jh.: „*wie man ein repräsentatives System für die Reichen konstruieren und es zugleich vor den Armen schützen konnte.*“ (*Philip Manow* 2021)

→ Der Parlamentarismus ermöglichte „*Repression by Representation*“ (*ebd.*)



***Kritische Demokratiebildung* fragt nach der Beschränkung der Mitbestimmung im liberalen Demokratiemodell/Parlamentarismus heute:**

- *Sozialstruktur Parlamente* (keine wirkliche Repräsentation; Auswirkungen auf Gesetzgebung)
- *Parteien* müssen *systemkonform* sein (Eigentumsordnung vs. Vergesellschaftung)
- *Staat Ideologie neutral* zu sein, aber auf Wirtschaftswachstum angewiesen
- Kapitaleseite besseren Zugang zu Abgeordneten/Regierung



***Kritische Demokratiebildung* fragt nach historischen Gründen Ausschluss der Arbeitnehmer*innen von der Mitbestimmung in der Wirtschaft:**

(Stinnes-Legien-Abkommen) Weimarer Republik 1918:

- rechtliche Etablierung *dualen Systems* betrieblicher Interessenvertretung (Betriebsrat u. Tarifvertrag)
- Betriebsrätebewegung/Forderungen nach *Rätedemokratie/Vergesellschaftung* Produktionsmittel zurückgedrängt
- Bis heute *Betriebsrat* keine Mitentscheidungsrechte bei wirtschaftlichen Angelegenheiten, kein Streikrecht



Kritische Demokratiebildung fragt nach ergänzenden Demokratievorstellungen zum Parlamentarismus:

Soziale Demokratie:

Erweiterung liberaler Demokratie:

-Eingriffe in Privateigentum (Vergesellschaftung/Mitbestimmung)

(wirtschaftspolitische Neutralität Grundgesetzes ermöglicht

Vergesellschaftung (Art. 14)

- *soziale Grundrechte* statt lediglich *individuelle Grundrechte*, sozialer

Rechtsstaat (*Abendroth*)

- (Ahlener Programm CDU 1947: Sozialisierung Schlüsselindustrien, umfassendes Mitbestimmungsrecht Arbeitnehmer*innen, Planung/ Lenkung Gesamtwirtschaft)

Neue Gesellschaft
Frankfurter Hefte



**Soziale
Demokratie**

Wege und Ziele

75
Jahre
Frankfurter
Hefte



Wirtschaftsdemokratie:

- Konzept Fritz Naphtalis 1928 in Weimarer Republik
- *Vergesellschaftung* Schlüsselindustrien (Stahl-, Chemieindustrie, Bergbau), Mitbestimmung u. demokratische Teilhabe abhängig Beschäftigten an wirtschaftlichen Entscheidungen
- DGB 1949 in 1. Grundsatzprogramm gefordert: gewerkschaftliche Vertreter*innen in *Sozial- u. Wirtschaftsräten* auf der Branchen- u. gesamtwirtschaftlichen Ebene
- 1951 Gesetz über Montanmitbestimmung: *Mitbestimmung*, numerische Parität bei Sitzverteilung zwischen Kapital u. Arbeit in Aufsichtsräten (Kohle-Stahl- u. Eisenindustrie)



***Kritische Demokratiebildung* fragt nach Mitbestimmung als „Mogelpackung“?:**

Betriebsverfassungsgesetz 1952: Arbeitgeber-/Wirtschaftsverbände u. reaktionäre Kräfte in Politik verhinderten Einführung betrieblicher Mitbestimmungsmöglichkeiten in übrigen Sektoren

Betriebsrat: lediglich Mitspracherecht bei personellen u. sozialen Entscheidungen; hat sich am Wohl Betriebes zu orientieren (*Friedenspflicht*)

- Formal bis heute nichts mit Tarifverträgen zu tun, darf keine Betriebsvereinbarungen über Löhne u. die Länge Arbeitszeiten abschließen, Zuständigkeitsbereich der Gewerkschaften
→ Mitbestimmung ist „Mogelpackung“ (Heinz-Josef Bontrup 2016)

Diskussionsfrage:

(Inwiefern) kann kritische Demokratiebildung gegen rechte Einstellungen ankämpfen?

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit!

